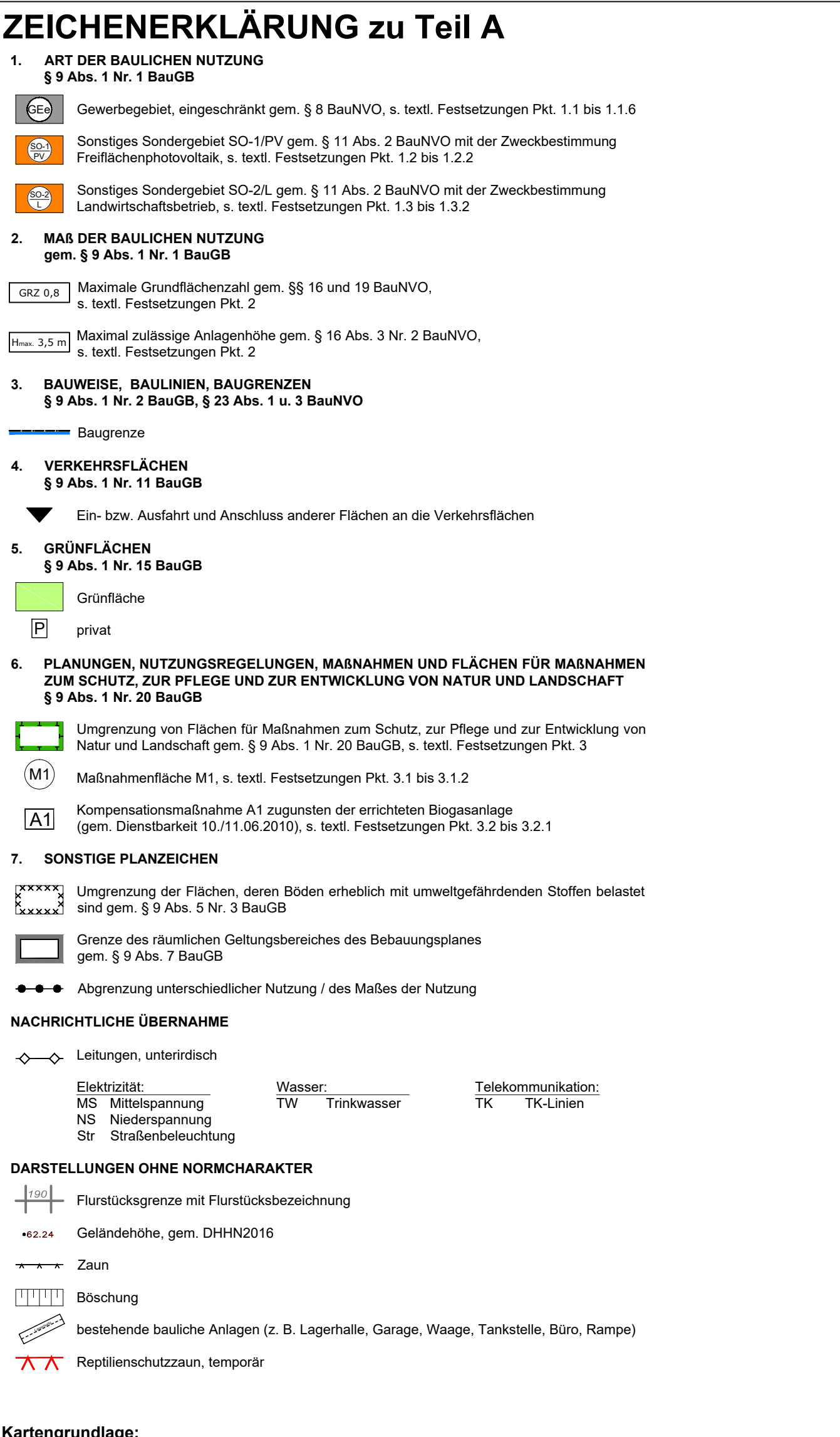


Satzung gem. § 10 BauGB



## 1. Hinweise zum Denkmalschutz

Im Vorhabensgebiet sind bislang keine Bodendenkmale und auch keine Baudenkmale registriert.

Da mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, sind folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDG/SchG) zu beachten:

§ 14 Abs. 204 (GVB1, i. S. 215) zu beachten:

Sollten bei Bodendenkmalen, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfahrungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallasche, Münzen, Knochen u. a. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, Postfach 14, 15006 Zossen, OT Wörsdorf und dem Landesamt Ostprignitz-Ruppin, Abt. Technische Bauaufsicht und Denkmalschutz, Neustädter Str. 14 in 16816 Neuruppin anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDG/SchG). Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungssituation sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDG/SchG). Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDG/SchG abzugeben.

## 2. Hinweise zum Munitionsschutz

Sollten bei Erdarbeiten Kampfmittel gefunden werden, ist es nach § 3 Absatz 1 Nr. 1 der Ordnungsbefehlshördenverordnung (OrbBefV) zu vermeiden, Schäden durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung für das Land Brandenburg-KampfmV) vom 23.11.1998, veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil I Nr. 30 vom 14.12.1998, verboten, entdeckte Kampfmittel zu berühren und deren Lage zu verändern. Die Fundstelle ist gemäß § 2 der genannten Verordnung unverzüglich der nächsten örtlichen Ordnungsbehörde oder der Polizei anzuzeigen.

## 3. Hinweise zum Artenschutz

3.1 V1-Baustützenerregung Brutvögel

Bei Umzeaschutz des geplanten Vorhabens ist, zum Schutz der im Offentlich lebenden Brutvögel, die gesamte Bauphase außerhalb der Brutzeit, im Zeitraum vom 01.09. bis 28.02. eines Folgejahres zu vollziehen (Brutzeit von 01.03. - 31.08.), so dass dadurch keine Störungen oder Beeinträchtigungen der Arten zu erwarten sind.

- Das Aufpassen des Geoliesees oder einer stabilen Planie zwischen dem Baufeld und den Hochbalkenwänden dafür, dass entstehende Baulärm vermindert und eine mögliche Staubeinträgung in Richtung der Quartiere abgeschwächt wird (Bei Arbeiten zwischen dem 30.09. einerseits und dem 01.04. des Folgejahres)
- Baumaßnahmen während der Winterschaltzeit der Fledermausen nicht im Bereich der beiden Quartiere abgestellt und bewegt werden.
- Die Lärmemissionen durch die Baumaßnahmen sind auf das unbedingt erforderliche Minimum zu beschränken. Rammarbeiten und Arbeiten mit schweren Baggen in einem Abstand von weniger als 50 m von den Quartieren sollten nicht zwischen dem 30.09. eines Jahres und dem 01.04. des Folgejahres ausgeführt werden.

### 4. Hinweise zum Bodenschutz

Werden bei den Baumaßnahmen kontaminierte Bereiche (Bodenverunreinigungen) angeschnitten (erkennbar z.B. durch Unterschiede im Aussehen, Geruch oder durch andere Beschaffenheitselemente) gegenüber der Normalflora und -fauna, so sind diese Bodenschadstoffe und die untere Bodenschichtabzehrung der Ostprignitz-Ruppin zu informieren (tlf. 00391 / 688-0704 oder -6752). Die belasteten Bereiche sind zweischichtweise so zu sichern, dass eine Ausbreitung der Kontamination verhindert wird. Die weiteren Maßnahmen sind mit der unteren Bodenschichtabzehrung abzustimmen.

Die Anzeigepflicht ergibt sich aus § 31 Abs. 1 Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BodSchG/AbfG). Kommt es zu Bodenabsaugen, so sind Mutterboden und Unterboden zu sichern, getrennt und fachgerecht zu lagern und für den Weiterabzug bzw. die Herstellung von Vegetationsflächen wieder zu verwenden.

Die Sicherung des Mutterbodens ergibt sich aus § 202 des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG).

Die Bodenfunktionen und die Bodenleistungsfähigkeit sind weitestgehend zu erhalten. Schädliche Bodenveränderungen, insbesondere Bodenversauerungsmaßnahmen, Bodenverdichtung und Schadstoffeinträge sind zu vermeiden.

Die Vorgesorgpflicht ergibt sich aus § 7 des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG).

